



Antrag

der Fraktion der CDU

Ein klares Bekenntnis zum Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) abgeben – Den Schleswig-Holsteinischen Mittelstand vorbehaltlos unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Für die beiden größten demokratisch legitimierten Volkswirtschaften der Erde – die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäischen Union – ist ein gemeinsames Handelsabkommen (TTIP) von größter Wichtigkeit. Ziel ist die Beseitigung von Handelshemmnissen, insbesondere Zöllen, unnötigen Doppelregulierungen und Investitionsbeschränkungen. In der so entstehenden größten Freihandelszone der Welt könnten so in vielen Bereichen globale Standards für das 21. Jahrhundert geschaffen werden, die für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sorgen.

Wie der Abschluss ähnlicher Abkommen mit anderen Staaten und Regionen, so soll auch das geplante Abkommen mit den USA der Sicherheit, dem Ausbau und der Harmonisierung der beiderseitigen Handelsbeziehungen dienen. Entscheidend ist dabei, einen starken Verbraucherschutz und die über Jahrzehnte erkämpfte Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher zu erhalten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass der Kern von TTIP der Schutz der hohen europäischen Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz sein muss, sowie einen modernisierten Investitionsschutz beinhalten muss.

Es ist wichtig und richtig, die möglichen Auswirkungen von TTIP auf den Europäischen Wirtschaftsraum kritisch zu hinterfragen, was aber nicht zum Abbruch der Verhandlungen führen darf.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, sich auf bundes- und europapolitischer Ebene klar für eine Fortsetzung der Verhandlungen zu einem Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen auszusprechen.

Weiter fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag einen raschen Abschluss der Verhandlungen des EU-USA-Freihandelsabkommens bis zum Ende des Jahres, denn verglichen mit Großunternehmen leidet der Mittelstand auch in Schleswig-Holstein besonders an den bürokratischen Kosten unterschiedlicher Regulierungen und Standards.

Johannes Callsen

und Fraktion

Heiner Rickers